

A U F Z E I C H N U N G

=====

der Gespräche mit

FARUK KADDUMI

Mitglied des PLO-Exekutivkomitees
und Chef der politischen Abteilung
(d.h. verantwortlich für die auswärtigen Beziehungen),

begleitet von

AHMED SIDKI DAJANI

Mitglied des PLO-Exekutivkomitees,
verantwortlich für höhere Bildung und
den europäisch-arabischen Dialog

sowie

DAUD BARAKAT

Chef des PLO-Beobachterbüros bei der UNO in Genf

anlässlich seiner Vorsprache beim EDA in Bern

am 14. Juli 1981

1. Mittagessen im Bellevue
2. Unterredung bei Staatssekretär Probst
3. Höflichkeitsbesuch bei Bundesrat Pierre Aubert

Mittagessen vom 14. Juli 1981

im Hotel Bellevue
(Einladung des EDA)

Teilnehmer: Faruk Kaddumi (K)

Ahmed Sidki Dajani

Daud Barakat (B)

Staatssekretär Raymond Probst (PRO)

Botschafter Arnold Hugentobler

Botschafter Jean-Pierre Ritter

Othmar Uhl

Catherine Krieg

Hanspeter Strauch (Aufzeichnung)

Das Mittagessen, das ursprünglich auf eine Initiative der PLO-Seite zurückging, wobei wir aber aus naheliegenden Gründen darauf bestanden, selbst als Gastgeber aufzutreten, bot Gelegenheit zu einem ersten persönlichen Kennenlernen und einem einleitenden informellen Gedankenaustausch.

K bekundet, nach den üblichen Präliminarien, sogleich ein lebhaftes Interesse an der schweizerischen Neutralität, ihren Grundlagen (so auch, ob sie von den Grossmächten garantiert sei), ihrer Tragweite und äussert sich betont positiv zu unserer aktiven Neutralitätspolitik.

PRO nimmt den Anlass wahr, dem Fragesteller die Besonderheiten unserer Neutralität, so u.a. namentlich ihren immerwährenden Charakter, der sie von der Neutralität anderer Staaten abhebt, ihre Verankerung im Völkerrecht und die stete Bereitschaft der neutralen Schweiz zur Leistung guter Dienste zu erörtern (die er aus seiner persönlichen Erfahrung an den seinerzeitigen

schweizerischen Bemühungen zur Ermöglichung der Evian-Verhandlungen, die zur Unabhängigkeit Algeriens führten, illustriert).

B kommt seinerseits spontan auf die Bedeutung der Genfer Konventionen zu sprechen. Der Name Genf habe für die kämpfenden Palästinenser einen fast magischen Klang.

Eine weitere Frage K's gilt den Gründen unserer Nichtmitgliedschaft bei der UNO, was PRO wiederum Gelegenheit bietet, ihm unser Problem und den jetzigen Stand der Sache näher zu erläutern. K nimmt davon ohne weiteren Kommentar informationshalber Kenntnis, freilich nicht ohne eine gewisse Enttäuschung und Bitterkeit über die sich nun über Jahrzehnte erstreckende mangelnde Effizienz der Weltorganisation in der palästinensischen Frage durchblicken zu lassen.

K möchte ausserdem unsere Meinung zur Frage kennen, ob nicht für die PLO der Moment zur Gründung einer palästinensischen Exilregierung gekommen wäre. Bisher habe man bewusst davon abgesehen. Verschiedene europäische Gesprächspartner hätten indessen durchblicken lassen, dass ihnen ein solcher Schritt zwecks besserer Unterstützung eines kommenden palästinensischen Staates willkommen wäre. Im Sinne eines persönlichen Kommentars meint PRO dazu, dass dieser Akt, jedenfalls aus schweizerischer Sicht, im heutigen Zeitpunkt eher geeignet wäre, neue Komplikationen zu schaffen, indem dann unweigerlich die heikle Frage der Anerkennung einer solchen Regierung (ohne Territorium und Regierungsgewalt im völkerrechtlichen Sinne) akut würde. Die Schweiz anerkennt aber grundsätzlich nur Staaten, nicht Regierungen oder Regimes. Die heutige Situation, mit B als akkreditiertem Beobachter bei der UNO in Genf, der de facto zugleich auch mit uns guten Kontakt hält, trage für uns den effektiven Bedürfnissen zur Genüge Rechnung.

- 3 -

Beiläufig kommen wir schliesslich auf die von Beirut aus gesteuerten Drohungen und Terrorakte der Armenier gegen schweizerische Institutionen im In- und Ausland zu sprechen. K versichert dazu spontan, dass die PLO an der Ausbildung armenischer "Freiheitskämpfer" entgegen anderslautenden Gerüchte, keinerlei Anteil habe. Angesichts ihrer starken militärischen Stellung in der libanesischen Hauptstadt sei aber die PLO ohne weiteres in der Lage, die Armenier in Schach zu halten. Sollten wir wieder vor konkreten Schwierigkeiten stehen, bei denen die Fäden nach Beirut laufen, so wäre die PLO ohne weiteres bereit, bei den armenischen Kreisen zum Rechten zu sehen.

Unterredung Kaddumis bei Staatssekretär Probst
in dessen Büro am 14. Juli um 15 Uhr

Schweizer Delegation: Staatssekretär Raymond Probst (PRO)
Botschafter Jean-Pierre Ritter
Botschafter Arnold Hugentobler (HTR)
Othmar Uhl
Hanspeter Strauch (Aufzeichnung)

PLO: Faruk Kaddumi (K)
Ahmed Sidki Dajani
Daud Barakat

Beide Seiten kommen hinsichtlich der Arbeitsmethode überein, sich in dieser zweiten Gesprächsphase vornehmlich auf einen Informationsaustausch zu konzentrieren und die eigentlichen politischen Stellungnahmen der anschliessenden Begegnung mit Bundesrat Aubert vorzubehalten. Dabei sollen beim Informationsaustausch weniger die als bekannt vorausgesetzten Ereignisse, als vielmehr Einschätzungen und Analysen der verschiedenen Vorschläge und Ideen für eine Lösung des Mittelostkonflikts im Vordergrund stehen.

K würdigt einleitend nachdrücklich die von aktiver positiver Neutralität geprägte schweizerische Position, wie sie im internationalen Leben schon bei zahlreichen Gelegenheiten zum Ausdruck gekommen sei. Ein tragisches Schicksal habe das palästinensische Volk in alle Welt zerstreut. In seinem legitimen Kampf gehe es um das Recht der Palästinenser, in die angestammte Heimat zurückkehren zu können. Zur Lösung dieses zentralen Problems der mittelöstlichen Szene, ohne die ein Frieden nicht denkbar sei, habe die PLO schon zahlreiche Alternativvorschläge unterbreitet.

Leider zeige Israel als Feind keinerlei Willen, zu einer fried-

lichen Lösung Hand zu bieten. Statt die hoffnungsvollen Ansätze zu einer neuen Genfer Konferenz mit dem Ziel einer umfassenden Lösung des Mittelostproblems weiter zu verfolgen, habe Sadat Aegypten aus dem arabischen Lager hinausgeführt und sich, vom richtigen Weg abweichend, auf das Camp David-Abkommen eingelassen. Zentrale arabische Interessen würden dadurch preisgegeben: Weder sei der Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten sichergestellt, noch sei für Jerusalem eine Lösung aufgezeigt oder gar das palästinensische Problem angemessen konzipiert worden. So wie es Begin versteht, soll sich die in Camp David vorgesehene "Autonomie" der besetzten Gebiete lediglich auf die darin lebende Bevölkerung beziehen, ohne sich zugleich auch auf das Territorium als solches zu erstrecken.

Die arabischen Gipfelkonferenzen haben dies als völlig unakzeptabel zurückgewiesen. Als Gegenvorschlag habe die PLO schon früh die Schaffung eines demokratischen, laizistischen Staates auf dem Gebiet von ganz Palästina (also das heutige Israel mit eingeschlossen) befürwortet, worin die Angehörigen aller Religionen friedlich nebeneinander leben könnten. Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass das Recht aller palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in die Heimat verwirklicht würde. Israel weise aber gerade das mit dem dürftigen Argument, es sei nicht für alle Platz vorhanden, kategorisch zurück. Es sei zu keinerlei Konzessionen bereit und treibe andererseits seine expansionistische Politik, die keine Grenzen kenne, Schritt für Schritt voran: Siedlungen in der "West Bank" und dem Golan, Aggression gegen Libanon, Annexion von Jerusalem, Angriff auf Nuklearanlage in Irak. Dabei werde Israel von den USA gedeckt, die aus ihrer früheren positiveren Haltung wieder zurückgewichen seien; Reagan habe sich, statt das Ganze im Auge zu behalten, bisher darauf beschränkt, lediglich die PLO des Terrorismus zu beschuldigen.

Dabei sei der Standpunkt der PLO klar: Sie ist für einen Frieden, jedoch nicht auf Kosten des palästinensischen Volkes. Dessen

Rechte seien in zahlreichen UNO-Resolutionen festgehalten, jedoch mit amerikanischer Duldung toter Buchstabe geblieben.

Die PLO habe sodann grosse Hoffnungen in ihre Kontakte mit der Europäischen Gemeinschaft gesetzt. Leider könne aber die Erklärung von Venedig nicht als ausreichend betrachtet werden, weil sie weder die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkenne, noch diesem das Recht zu einem eigenen Staat zuspreche. Auch das Recht auf Rückkehr in das Heimatland werde nicht erwähnt. Positiv beurteile die PLO den sowjetischen Vorschlag zu einer umfassenden Regelung des Mittelostproblems. Solange der Mittelosten Gefahr laufe, erneut Schauplatz eines grossen Waffenganges zu werden, könne sich auch Europa nicht in Sicherheit fühlen. Die europäischen Staaten schienen sich dessen bewusst zu sein, wobei einzelne Länder wie z.B. Frankreich fortschrittlichere Positionen bezogen hätten. Andere unterlägen aber dem Einfluss von Washington und hätten Mühe, sich von einer pro-israelischen Haltung zu lösen.

Der Konflikt Iran-Irak sei mit dem Mittelostkonflikt eng verhängt. Beide Konfliktparteien unterstützten die Anliegen der Palästinenser voll, ihr gegenseitiger Kampf schwäche aber die Position der PLO. Beide hätten Mühe, zu einem gegenseitigen Kompromiss Hand zu bieten. Die PLO sei in ihren Vermittlungsbemühungen dadurch behindert, dass sie im Mittelostgeschehen zu stark involviert sei und selbst in einer Konfliktsituation stehe.

Die arabischen Staaten seien überzeugt, dass Israel von seinen Vorstössen in weitere arabische Länder nicht ablassen werde. Endziel sei die Eroberung ölfündiger Gebiete, um dadurch von der Oeleinfuhr unabhängig zu werden. Durch die Schaffung eines palästinensischen Staates würde diesem Expansionsdrang ein Riegel geschoben. Der Kampf der Palästinenser liege also letztlich im Interesse aller Araber.

Israel attackiere die Palästinenser auf allen Ebenen: durch die ständigen Angriffe auf die Lager im Südlibanon, die Verbannung der natürlichen Führer aus den besetzten Gebieten, die starke Besteuerung, die zur Emigration treibe. Selbst die in Israel verbleibenden Araber seien nur Bürger zweiter Klasse. Sie hätten sich deshalb dem Kampf angeschlossen und in einem Kongress die Führung der PLO anerkannt. Die Situation spitze sich immer mehr zu. Nachdem die vielen palästinensischen Vorschläge ohne Resultat geblieben seien, nachdem ihnen von Israel nicht die geringste Beachtung geschenkt worden sei und Begin andererseits seine Annexionspolitik Schritt für Schritt vorantreibe, wisse die PLO wirklich nicht, was sie noch konzedieren könnte. Einziger Ausweg sei die Verstärkung des internationalen Druckes auf die USA und Israel, Camp David aufzugeben. Die dort getroffenen Vereinbarungen haben Aegypten, die politisch, wirtschaftlich und militärisch führende arabische Macht, in der arabischen Welt isoliert, aber gleichzeitig die PLO zum Kampf ums Ueberleben gezwungen. Es sei nicht verständlich, wie das von den Nazis gefolterte jüdische Volk gegenüber den Palästinensern zu den gleichen Methoden greifen könne, unter denen es selbst gelitten habe. Von Natur aus sei er, K, Optimist, aber eine realistische Analyse lasse nicht übersehen, dass die Situation im Mittleren Osten gegenwärtig auf einem Tiefpunkt angelangt sei.

PRO versteht, dass die PLO in der gegebenen Lage ihre wenigen Trümpfe nicht vorzeitig aus der Hand geben wolle. Es gebe jedoch wesentliche Aspekte, die einer Klärung dringend bedürften. So beispielsweise, wenn vom Recht auf Rückkehr die Rede sei: ist damit die Rückkehr ins ursprüngliche Mandatsgebiet Palästinas gemeint, oder geht es nur um die 1967 besetzten Gebiete? Man kann auch nicht übersehen, dass Israel heute, was auch vorausgegangen sein mag, existiert und schon 1967 ein durch Waffenstillstand abgegrenztes Territorium besessen hat. Wolle man zu einem Frieden gelangen, so müsse man von diesen Gegebenheiten ausgehen

und gestützt darauf versuchen, durch gegenseitige Konzessionen einen Kompromiss zu erreichen. - Was, nebenbei bemerkt, die wahren Absichten und Möglichkeiten der Administration Reagan betrifft, so sei es noch zu früh, darüber endgültig zu urteilen. Der Mittelosten stehe für Reagan, wie man wisse, nicht zuoberst auf der Prioritätenliste, sondern rangiere erst nach den internen wirtschaftlichen Problemen und dem Streben nach einem neuen Kräftegleichgewicht zwischen West und Ost, sowohl weltweit wie namentlich in Europa. Habib, den PRO von Washington her als Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten persönlich kennt und schätzt, verdiene Vertrauen. Eine neue Unsicherheit ergebe sich aus der innenpolitischen Situation in Israel, wo sich offenbar, wie die Wahlen zeigten, zwei gleich grosse politische Lager gegenüberstehen und gegenseitig blockieren. - Doch zurück zur Frage der Rückkehr der Palästinenser.

K antwortet, dass sie für ihn persönlich die Rückkehr nach Jaffa bedeuten würde, wo er aufgewachsen sei. Die Territorialfrage sei offensichtlich Gegenstand grosser Kontroversen. Man dürfe auch nicht vergessen, dass israelische Karten sehr umstrittene Grenzziehungen aufwiesen. Sein Recht auf Rückkehr nach Jaffa werde von der UNO-Resolution 194 (III) klar gedeckt. Dieses Recht könne nicht aufgegeben werden. Dabei gehe es um eine Rückkehr in die Heimat, aber nicht um eine Rückkehr in den israelischen Staat. Und jene Flüchtlinge, die nicht mehr zurückkehren wollten, müssten entschädigt werden. Voraussetzung sei aber so oder so die Lösung des Flüchtlingsproblems, das sich heute wie folgt präsentiere:

1/2 Mio	Palästinenser in Gaza
3/4 Mio	Palästinenser in der "Westbank"
1 Mio	Palästinenser in Jordanien
400'000	Palästinenser im Libanon
200'000	Palästinenser in Syrien
500'000	Palästinenser in den Golfstaaten

(Zählt man zu diesen Flüchtlingen noch rund 600'000 im israelischen Staatsgebiet lebende Palästinenser, sowie weltweit noch

etwa eine weitere halbe Million hinzu, so kommt man auf eine palästinensische Nation von insgesamt rund 4 1/2 Mio Menschen.) Ohne dass den Flüchtlingen eine Möglichkeit zur Rückkehr verschafft werde, könne im Mittleren Osten kein Friede einkehren.

HTR: Neben dem Vorschlag eines das heutige Israel umfassenden laizistischen palästinensischen Gesamtstaates stehen noch andere Modelle zur Diskussion, z.B. die Errichtung eines separaten palästinensischen Staates auf jedwelchem von Israel zurückerstatteten Gebiet. Könnte ein solcher Ministaat als neutral erklärt und mit entsprechenden Garantien ausgestattet werden? Könnte ein solcher Staat Israel gegenüber gewisse Garantien abgeben?

K antwortet darauf, dass Palästina die Schweiz nicht kopieren könne. Die Aussenpolitik eines Palästinenserstaates wäre, wie die jetzige Haltung der PLO, von positiver Blockfreiheit gekennzeichnet. Hinsichtlich der Garantien stelle sich die Gegenfrage, wer mehr Garantien benötige, der Angreifer oder der Angegriffene?

Das PLO-Konzept eines unabhängigen laizistischen Staates sei ein ernsthafter Vorschlag. Dieser könne in eine Reihe von "Kantonen" aufgegliedert werden, z.B. Gaza, Beersheba, Jaffa, Galiläa, etc.. Von Israel sei demgegenüber nie ein ernsthafter Vorschlag für die Gestaltung eines harmonischen Zusammenlebens zwischen Juden und Muslims gekommen.

PRO nimmt den Faden von HTR mit der "hypothetischen" Frage wieder auf, ob nicht doch ein Nebeneinander von Israel auf der einen, dem aus den heute besetzten Gebieten gebildeten Palästina auf der anderen Seite denkbar wäre, sofern Israel diesem palästinensischen Staat die Souveränität zugestehen und die Araber ihrerseits reziprok und simultan die Existenz des Staates Israel in friedlichen und gesicherten Grenzen anerkennen würden.

K weicht einer klaren Stellungnahme (bei der heutigen gegensei-

tigen Versteifung, wo keine der beiden Seiten den ersten Schritt zu tun gewillt ist, nicht unerwartet) erneut mit dem Bemerken aus, dass ein laizistischer Staat, in dem Juden und Mohamedaner zusammengefasst würden, die richtige Lösung wäre.

Dajani schliesst sich diesem Standpunkt an. Das Gebiet von Palästina sei immer wieder von aussen erobert und besetzt worden. Das Volk habe dadurch eine grosse Gabe zur Verschmelzung entwickelt. Die politischen Grenzen, wie sie in Versailles 1920 geschaffen wurden, hätten den Rahmen gebildet für das Erwachen eines palästinensischen Nationalismus, der zuerst im Kampf gegen die englische Verwaltung und dann nach den bitteren Erfahrungen mit Israel im Kampf gegen den Zionismus erstarkt sei. Die Völker im Mittleren Osten hätten zweifellos das Potential, in friedlicher Koexistenz zusammenzuleben. Die israelische Expansion dürfe auf keinen Fall geduldet werden. Der Angriff Israels auf das irakische Nuklearzentrum von Tamouz habe die weitere Stossrichtung offenbart und auch in Jordanien und Saudi-Arabien ein Ueberdenken der Situation bewirkt.

Aufzeichnung der Gespräche anlässlich
des Höflichkeitsbesuches von Kaddumi
bei Bundesrat Pierre Aubert (CFA),
16h15-17h30

Teilnehmer: Bundesrat Pierre Aubert (CFA)
Staatssekretär Raymond Probst (PRO)
Botschafter Jean-Pierre Ritter
Botschafter Arnold Hugentobler
Othmar Uhl
Catherine Krieg
Hanspeter Strauch (Aufzeichnung)

Faruk Kaddumi
Ahmed Sidki Dajani
Daud Barakat

CFA heisst die PLO-Delegation willkommen. Er sei über die angenehme Atmosphäre anlässlich des von Staatssekretär Probst offerierten Mittagessens sowie über die vorangegangene offene Aussprache bereits orientiert. Der Bundesrat sei befriedigt, dass der Besuch von Kaddumi in Bern endlich zustande gekommen ist.

Obwohl es die Höflichkeit gebieten würde, den Gast zur Eröffnung des Gedankenaustauschs einzuladen, erscheine es ihm, CFA, nützlich, zuvor aus einer Reihe offizieller Stellungnahmen des Bundesrates zu parlamentarischen Anfragen, aus der Antwort des Bundesrates auf eine Petition und aus einem Interview des Departementchefs selbst einige Kernsätze herauszuheben:

1. Aus der Antwort des Bundesrates auf Einfache Anfragen der Nationalräte Alder und Dürrenmatt vom 11.12.78: "Le Conseil fédéral a toujours été d'avis qu'il ne serait pas possible d'arriver à un règlement du conflit du Moyen-Orient sans que les droits de toutes les parties concernées, y compris ceux du peuple

palestinien ne soient respectés". Des weitem drückte der Bundesrat in der gleichen Antwort "son opposition absolue au recours à des méthodes terroristes à des fins politiques ou militaires" aus.

2. In der Antwort vom 15.8.79 auf eine vom "Israelitischen Wochenblatt" in Zürich lancierte Petition bekräftigt der Bundesrat "une fois de plus, son opposition absolue au recours à toute méthode terroriste", um weiter unten fortzuführen: "Le fait palestinien, comme nous l'avons souvent souligné, est un des éléments essentiels dont toute solution juste et durable au problème du Moyen-Orient ne saurait manquer de tenir compte".
3. In einem Interview Bundesrat Auberts vom 28.8.79 mit der "Jüdischen Rundschau" findet sich der Satz: "Die Eröffnung einer PLO-Vertretung in Bern mit diplomatischem Status steht nicht zur Diskussion"; und als Antwort auf eine letzte Frage die folgende Äusserung: "Die Suche der Palästinenser nach einer Identität ist eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann. Die Frage, die sich heute allen Staaten, vor allem denjenigen im Mittleren Osten stellt, ist die, einen gangbaren und für alle Beteiligten annehmbaren Weg zu finden, um dieser Tatsache Ausdruck zu verleihen."
4. In seiner Antwort vom 20.2.80 auf eine Motion Mascarin hat der Bundesrat über die schweizerischen Beiträge an die UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge) folgende Zahlen bekanntgegeben:

1977	6,3 Mio Fr.
1978	7,4 Mio Fr.
1979	8,6 Mio Fr.
1980	7,7 Mio Fr.

An die Opfer des Libanon-Konfliktes wurden zudem seit 1976

jährlich für rund 10 Mio Franken Hilfeleistungen erbracht, die auch den im Libanon lebenden Palästinensern zugute kamen. Ausserdem ist eine direkte medizinische Hilfe (Krankenschwestern, medizinische Apparate) an das Spital des Palästinensischen Roten Halbmondes in Damaskus zu nennen.

5. In seiner Antwort vom 9.3.1981 auf eine Anfrage Baechtold gab der Bundesrat seine Absicht bekannt "d'accéder à la demande de l'OLP, proposant une visite à Berne de M. Kaddoumi, son responsable des relations étrangères". Dieser Besuch sollte Gespräche mit hohen Beamten und einen Höflichkeitsbesuch beim Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten umfassen. Weiter bekräftigte der Bundesrat einmal mehr "qu'un règlement du conflit du Proche-Orient ne serait pas possible sans que les droits de toutes les parties concernées, y compris ceux du peuple palestinien, ne soient respectés. Or ... l'OLP est la principale organisation palestinienne. Elle constitue une force politique qu'il n'est pas possible d'ignorer."
6. Am 29.4.1980 hat sich der Bundesrat bereit erklärt, ein Postulat Braunschweig folgenden Inhalts anzunehmen: "Du fait de sa situation, de son histoire, de sa tradition, de son expérience et de sa neutralité, la Suisse peut devenir le lieu de rencontre tout désigné où des contacts et des pourparlers entre les représentants de tous les Etats et parties du Proche-Orient, Israel et l'OLP compris, pourraient avoir lieu. Nous invitons le Conseil fédéral à établir de tels contacts et à les encourager, à le faire directement ou par l'intermédiaire d'établissements d'enseignement, d'instituts et organisations expérimentés et judicieusement choisis."
7. In einer Antwort vom 14.5.1980 auf eine Petition der Gesellschaft Schweiz-Palästina betonte der Bundesrat nochmals seine Ueberzeugung "que le fait palestinien est un des éléments essentiels dont toute solution juste et durable au Moyen-Orient ne saurait

manquer de tenir compte". Er schloss daran die Meinung "que la Suisse pourrait, le cas échéant, jouer un rôle de bons offices dans la recherche d'une solution du conflit du Moyen-Orient. Dans le cadre des contacts diplomatiques nombreux et élargis qui se sont engagés ces derniers temps entre les parties concernées, la principale contribution de la Suisse doit consister à maintenir sa politique traditionnelle de 'disponibilité' et d'ouverture. Les autorités fédérales estiment que, dans les circonstances présentes, cette politique ne peut être que servie par l'attitude de neutralité qu'elles ont toujours veillé à observer dans cette question."

8. In seiner Antwort vom 19.11.1980 auf eine Anfrage Ziegler hinsichtlich der Proklamation der ganzen wieder-vereinigten Stadt Jerusalem zur Kapitale Israels: "La Suisse a toujours respecté le droit international dans la conduite de sa politique étrangère. Elle ne peut dès lors reconnaître cet acte unilatéral. Selon un principe fondamental du droit international, l'acquisition de territoires par la force ne produit aucun effet juridique sur le plan international avant la conclusion d'un traité de paix." Ausserdem hat sich die Schweiz geweigert, nach Erlass des Verfassungsgesetzes der Knesset vom 30.7.1980 ein Sozialversicherungsabkommen mit Israel in Jerusalem zu unterzeichnen.
9. Mit Beschluss vom 9.3.1981 hat der Bundesrat meinem Departement, in Bestätigung früherer Beschlüsse, den Auftrag erteilt, ein Datum für Ihren Besuch hier in Bern festzusetzen.

Diese Zitate und Beschlüsse bringen die offizielle Haltung der schweizerischen Regierung zum Mittelostproblem klar zum Ausdruck. Gestützt darauf äussert CFA noch einige zusätzliche Gedanken:

Gegenüber dem schwierigen und delikatsten Problem des Nahen Ostens, dessen Lösung von allen Betroffenen ein Uebermass an Geduld erfordert, drängen sich einem Aussenstehenden, dem Angehörigen eines

neutralen Staates, von vornherein zwei unabdingbare Elemente auf:

1. Einerseits die palästinensische Realität, die PLO als wichtiges Element dieser Realität. (Die Anwesenheit der PLO-Delegation in Bern setzt dafür heute ein sichtbares Zeichen.)
2. Andererseits aber ebenso die Realität eines seit 1948 existierenden, nicht mehr aus der Welt zu schaffenden israelischen Staates.

Wir stehen vor einem Konflikt zwischen zwei semitischen Volksgruppen. Es geht darum, beiden Identitäten international Gehör zu verleihen. Viele haben sich ernsthaft bemüht, das Problem einer Lösung näherzubringen. So beispielsweise die nicht paktgebundenen Staaten oder die Staaten der Europäischen Gemeinschaft (Erklärung von Venedig). Was, so ist die Frage, kann die Schweiz zu einer Lösung beitragen? Nachdem das Wesen unserer Neutralität bereits im Gespräch mit PRO beleuchtet worden ist, seien noch drei weitere damit verbundene Grundmaximen unserer Aussenpolitik zu betonen: Universalität, Solidarität, Disponibilität. Sie waren schon oft dienlich, verfahrenere Situationen zu klären; so beispielsweise, als Schweizer aktiv beim Zustandekommen des Evian-Abkommens mitwirkten, das zur Unabhängigkeit Algeriens führte. Unser Land ist zwar klein und kann deshalb das Geschehen im Mittleren Osten nur wenig beeinflussen. Doch dürfte den Völkern der Region weder eine pax americana noch eine pax russica zu einer gerechten und dauerhaften Lösung verhelfen. Als Land des Roten Kreuzes kann die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition Gewaltanwendung zur Erreichung politischer Ziele, in welcher Form auch immer und von wem auch immer, nur bedauern und verurteilen. Im Zeichen des Roten Kreuzes Wunden zu heilen, ist gut; besser wäre es noch, sie zu verhindern. Das Angebot unserer guten Dienste ist ebenso selbstverständlich wie die Bereitschaft, unser Territorium, falls dies dienlich sein sollte, als Begegnungsort zur Verfügung zu stellen.

Schwieriger wird es, Mittel zu finden, die zu einem Frieden führen könnten. Die bisherigen Versuche sind entmutigend. Am schwierigsten ist es, festgefahrene Positionen und starre Haltungen zu lockern, damit sich ein Dialog einstellen kann. Weiss K, der im Rufe steht, gemässigte Auffassungen zu vertreten, einen Ausweg aus der Konfrontation? Wir selbst sind uns bewusst, dass die Ausgangslage im Mittleren Osten ungleich komplexer ist als jene, der wir in Evian gegenüberstanden. Dennoch sind wir bereit, unsere guten Dienste anzubieten.

Abschliessend bescheinigt CFA dem Chef des PLO-Beobachterbüros bei der UNO in Genf, Daud Barakat, stets ein verständnisvoller und geduldiger Gesprächspartner gewesen zu sein, dem grosses Verdienst am Zustandekommen der heutigen Begegnung zukomme. Er bleibe uns als Gesprächspartner jederzeit willkommen.

K bedankt sich für die Gastfreundschaft und die gebotene Gelegenheit zum Dialog. Der schweizerische Standpunkt zu internationalen Fragen werde von der PLO sehr geschätzt. Die Unterstützung der Schweiz für das palästinensische Volk und die gerechte palästinensische Sache würden sehr beachtet. Mit grosser Befriedigung vermerkte die PLO auch die schweizerischen Beiträge an die UNRWA sowie den dem Beobachterbüro in Genf gewährten Status. Dass die palästinensische Realität als Faktum erkannt werde, sei bemerkenswert. Die Neutralität der Schweiz ist bekannt. Um so mehr verdiene Beachtung, dass sie die Annexion der besetzten Teile Jerusalems nicht billige und ihre Botschaft nicht in diese Stadt zu verlegen gedenke. All dies habe positive Auswirkungen auf das Ansehen der Schweiz beim palästinensischen Volk und in der arabischen Welt.

Die PLO betrachtet den heutigen Besuch als bedeutsamen Schritt zur Vertiefung des bilateralen Verhältnisses. Er biete Gelegenheit zu einer detaillierten Klarstellung der Positionen. Die PLO-Delegation kenne die Schwierigkeiten, die von den schweizerischen Behörden schrittweise hätten überwunden werden müssen, um so weit zu gelangen.

Man habe die Parlamentsdebatten aufmerksam verfolgt. Leider stünden die Massenmedia in Europa und USA, und teilweise auch in der Schweiz, zu sehr unter Einfluss zionistischer Propaganda.

Das palästinensische Volk kämpfe für den Frieden und strebe nach Frieden, mehr als irgendwer! Doch sei es nicht mehr willens, weiterhin wie schon seit drei Jahrzehnten in Flüchtlingslagern zu darben. Israels Aggressionshandlungen seien zu zahlreich, um noch gezählt werden zu können.

Zahlreiche internationale Bestrebungen, dem Mittleren Osten Frieden zu bringen, seien bisher leider gescheitert.

An erster Stelle sei hier die Genfer Konferenz (21.12.1973) zu nennen, die alle Parteien ausser der PLO an einen Tisch gebracht hat. Hier sei der Schweiz zu danken, die der geheimen wie der offenen Diplomatie ihre Türen öffne.

Das Camp David-Abkommen müsse leider als Verschwörung gegen die nationalen Rechte der Palästinenser betrachtet werden. Es sehe den Rückzug Israels weder aus dem GAZA-Streifen noch aus den besetzten Gebieten westlich des Jordan vor. Die Flüchtlingsfrage werde darin so wenig einer Lösung nähergebracht wie der Status von Jerusalem. Auch das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser bleibt auf der Strecke.

Infolge des direkten amerikanischen Engagements für Camp David würden übrigens auch die Interessen Aegyptens tangiert. Auch in Aegypten wachse die Opposition gegen die Politik Sadats; selbst Bundeskanzler Kreisky habe dies festgestellt.

Die Europäische Gemeinschaft sei zwar bemüht, sich gegenüber der Palästinafrage zu öffnen. Indessen bestünden auch interne Divergenzen, die dazu führten, dass Länder wie Frankreich und Italien durch Dänemark und Norwegen in der Hinwendung zur PLO gebremst würden. Die PLO sei jedoch weiter optimistisch und gebe die Hoffnung

nicht auf, dass schliesslich alle friedensliebenden Nationen die Palästinenser in ihrem gerechten Kampf unterstützen würden. Israel habe demgegenüber seinen Feldzug gegen die Palästinenserlager in Libanon in bisher noch nie gesehener Weise intensiviert und gebe deutlich zu verstehen, dass es an der Suche nach Frieden nicht interessiert sei.

Leider würden Israels Bestrebungen von den USA unter der neuen Administration Reagan nach Kräften gefördert, was Begin zu immer neuen Aggressionen anstachle. Es wäre hilfreich, wenn die USA das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen und die Idee eines palästinensischen Staates gutheissen würden. Die PLO zähle auf ihre Freunde, namentlich in Europa, dies Washington endlich verständlich zu machen.

K räumt ein, dass es innerhalb der Palästinensischen Bewegung kleine Splittergruppen gebe, die ihren mangelnden politischen Einfluss durch spektakuläre Aktionen (wie Flugzeugentführungen u.ä.) wettzumachen suchten. Die verantwortliche Führung der PLO habe immer danach getrachtet, solche Aktionen zu unterbinden. K und D bekennen sich in dieser Hinsicht bewusst zu den gemässigten Elementen.

Dajani gibt ein Beispiel für die entmutigende Politik der USA. Noch unter Carter hätte Washington durch saudiarabische Vermittlung offeriert, im Austausch gegen eine palästinensische Gutheissung von Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates die Rechte der palästinensischen Nation anzuerkennen. Wenige Wochen später hätten sie sich aber wieder auf eine Position zurückgezogen, die lediglich auf eine Gesprächsbereitschaft hinauslief. Es könnten noch zahlreiche weitere Erfahrungen dieser Art aufgezählt werden. So habe man an die seinerzeitige gemeinsame Mittelosterklärung der USA und der Sowjetunion vom 1.10.1977 grosse Hoffnungen geknüpft. Wenig später seien die USA unter dem Druck ihrer jüdischen Lobby davon wieder abgerückt.

K: Die PLO schätzt das schweizerische Angebot ihrer guten Dienste für einen Beitrag zur Lösung des Mittelostproblems sehr. Man werde nicht zögern, sich daran zu erinnern, falls sich eine Notwendigkeit dazu ergäbe, und man wisse jetzt, dass die Schweiz ihrerseits nicht zögern werde, sich voll zu engagieren.

Er, K, werde die PLO-Führung persönlich eingehend darüber informieren und ebenso den Ministerrat der Arabischen Liga, das Koordinationsorgan für alle grossen Initiativen, darüber ins Bild setzen.

Abschliessend dankt K für das Gespräch und die positive Haltung der Schweiz zum Mittelostkonflikt. Die PLO werde in ihrem Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden nicht nachlassen und sei froh um jede Unterstützung. Ebenso dankt er für den guten Schutz der PLO-Vertretung in Genf. Er übermittelt abschliessend noch die besten Wünsche des PLO-Vorsitzenden Arafat und hofft auf eine weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen.

CFA hat seinerseits die klare gegenseitige Stellungnahme zu schätzen gewusst. Er vertraut darauf, dass die nachfolgende Pressekonferenz K's in der Öffentlichkeit den Eindruck bestätigen wird, dass Besuch und Gespräche im Interesse des Friedens gelegen hätten und nützlich gewesen seien.

* * *



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.A.45.22.(OLP) - PRO/stb

Bern, den 24. Juli 1981

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICH

An die schweizerischen Botschaften in:

- | | |
|------------|----------------|
| - Kairo | - Teheran |
| - Algier | - Ankara |
| - Bagdad | - Islamabad |
| - Amman | - Wien |
| - Kuwait | - Stockholm |
| - Beirut | - Bonn |
| - Tripolis | - Paris |
| - Rabat | - Rom |
| - Djeddah | - Madrid |
| - Khartum | - London |
| - Damaskus | - Moskau |
| - Tunis | - Washington |
| - Tel Aviv | - New York UNO |
| | - Mission Genf |

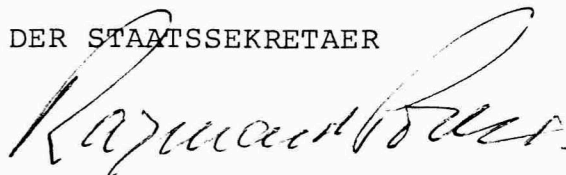
Herr Botschafter,
Herr Geschäftsträger,

Wie Sie wissen, wurde am 14. Juli Faruk KADDUMI, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees und Chef der politischen Abteilung (verantwortlich für die auswärtigen Beziehungen), in Bern empfangen. Aus der Presse und durch das Communiqué unseres Departements ist Ihnen der Verlauf dieses Besuches in grossen Zügen bereits bekannt: einem vom Unterzeichneten offerierten Mittagessen folgte eine Unterredung in dessen Büro und eine Höflichkeitsvisite beim Chef des EDA.

In der Meinung, dass es für Sie von Interesse ist, darüber näher orientiert zu werden, übermitteln wir Ihnen in der Beilage zu Ihrer vertraulichen Orientierung drei Aufzeichnungen über die geführten Gespräche. Der Vollständigkeit halber legen wir auch noch das bei Abschluss des Besuches vom EDA veröffentlichte Communiqué bei.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, Herr Geschäftsträger, unserer vorzüglichen Hochachtung.

DER STAATSSSEKRETAER



(Raymond Probst)

Beilagen

Kopien: Bundesrat Pierre Aubert
Staatssekretär Raymond Probst
Botschafter Arnold Hugentobler
Botschafter Jean-Pierre Ritter
Pressechef Othmar Uhl
Catherine Krieg
Hanspeter Strauch

Generalsekretär Jimmy Martin
Botschafter Francesca Pometta
Botschafter Edouard Brunner
Botschafter Marcel Heimo

Staatssekretär Paul Jolles, BAWI
Botschafter Klaus Jacobi, BAWI
Botschafter Eric Roethlisberger, BAWI

Dr. André Amstein, Chef der Bundespolizei
Divisionär Mario Petitpierre, Chef UNA/EMD